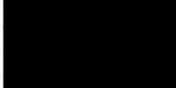


Eingegangen in der
Geschäftsstelle am: 25.09.2012

25.09.2012


AZ MA/2012/1

An das Amtsgericht Schwerin
Frau Anna von Seht
Demmlerplatz 1-2
19010 Schwerin

Ihr (OWi-) Angebot / Zurückweisung / Befangenheitsantrag/ Befangenheitserklärung
Ihr OWi- Geschäftszeichen: 35 OWi 389/12

Ausgeschlossene Personen kraft Gesetzes wegen Grundrechteverletzung

Sehr geehrte Frau Anna von Seht,

ihr OWi - geschäftliches Anliegen werde, darf und kann ich wegen Ihrer Grundrechteverletzungen nach Art. 139 GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften (SHAEF SMAD) nicht befolgen.

Ausgeschlossene Personen kraft Gesetzes wegen Grundrechteverletzung

Was heute unrecht ist, dürfen Sie und darf ich als Befehlsempfänger nicht ausführen!

siehe DDR Schießbefehl. verurteilte Befehlsempfänger

Art. 139 GG hat Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen.

1. 1945 Alliierte Streitkräfte SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel 1

1) Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit **30. Januar 1933** eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, **verlieren hiermit ihre Wirksamkeit**.

2. Kontrollratsgesetz Nr. 1 **Ausrottung der Nazigesetze** vom 20. Sept. 1945

3. Das Urteil Tribunal General 06.01.1947 ist für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen **bindend**.

Die Verordnung vom 05. II. 1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der Kapitulation des III Reiches nicht ersatzlos untergegangen. R=StAG

Neues Staatsrecht (Verfassung 1934) Auflage 1936 - Seite 54 -

Die Rechtslage für die BRD hat sich bis heute nicht geändert.

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht vom 23.11.2007 Art. 4 § 3 **bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen fort**. 26. Mai 1952

Gemäß Art. 139 GG sind der Bundesgesetzgeber, die Bundesbehörden und die Gerichte einschließlich des BundesGrundGesetzGerichtes auf Dauer gehindert, die Auflagen der Alliierten zu ändern oder aufzuheben.

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Die Rechtslage für die BRD hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der Reichsangehörigkeit v. 1934 geändert.

Jeder Deutsche ist in der BRD seit dem 08.12.2010 staatenlos!

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Hiermit fordere ich Sie auf, Ihre Grundrechteverletzung aufzuheben und sich selbst anzuzeigen. Sollten Sie sich widersetzen, muß ich Sie laut Artikel 139 GG pflichtgemäß bei dem zust. **Haupt Militär Staatsanwalt** in Moskau / Hohe Hand anzeigen.

Mit heimatlichen Grüßen


Verweise auf die Ihnen vorliegenden Dokumente: Kopie Urkunde 146, Kopie Antrag Rehabilitation Heimatangehörigkeit Haupt Militär Staatsanwalt